
INTERVIEW/KOLUMNE

INTERVIEW

Ihre Kriege, unsere Interessen

Das Gespräch führte Olaf Matthes | *Ausgabe vom 25. März 2016*

UZ: *Du heißt eigentlich anders, wirst als neugewählter SDAJ-Vorsitzender aber nur unter Pseudonym auftreten. Warum?*

Jan Meier: Es ist Mist, dass ich dazu gezwungen bin. Ich will Lehrer werden, der deutsche Staat hält missliebige Personen aus dem öffentlichen Dienst fern. Natürlich ist es ungünstig, wenn ich als Bundesvorsitzender nicht mit Namen und Gesicht nach außen gehen kann. Daran zeigt sich auch, wie demokratisch dieser Staat in Wirklichkeit ist.

UZ: *Euer Bundeskongress hat eine positive Bilanz der letzten zwei Jahre gezogen, gleichzeitig hat die SDAJ kaum neue Mitglieder gewonnen. Wie passt das zusammen?*

Jan Meier: Mit unserer letzten Kampagne „Ausbeuter outen – Ausbildung erkämpfen!“ haben wir uns eine neue Verankerung in Betrieb und Gewerkschaft erarbeitet. Wir haben neue Kontakte in den Gewerkschaftsjugenden geknüpft, wir haben den Anteil von Azubis, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern an der Mitgliedschaft erhöht. Wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, Missstände in den Betrieben öffentlich zu machen und zu skandalisieren. Das hieß aber auch, dass wir weniger im Bereich Schülerpolitik aktiv waren. Daher ist das Durchschnittsalter der SDAJ-Mitglieder gestiegen. Wir konnten zwar unsere Mitgliederzahl kaum steigern, aber die Zahl der aktiven Mitglieder hat sich erhöht, unsere Aktionstätigkeit hat zugenommen. Das ist die Voraussetzung, um offensiv für unsere Positionen zu werben und neue Mitglieder zu gewinnen – die nötigen Schritte haben wir auf dem Kongress beschlossen.

UZ: *Der Kongress hat deutlich gemacht: „Raus aus der Szene, ran an die Massen.“ Was heißt das für die antimilitaristische Arbeit der SDAJ?*

Jan Meier: Moralische Empörung ist richtig, sie kann ein Ansatzpunkt für Widerstand sein. Sie greift zu kurz, wenn sie nicht mit einem Bewusstsein über unsere eigenen Interessen verbunden ist. Wir wollen in unserer Kampagne klarmachen, dass die große Mehrheit der Jugendlichen ein objektives Interesse daran hat, die deutschen Kriegseinsätze zu beenden und gegen die Militarisierung der Gesellschaft aktiv zu werden. Wir sind diejenigen, deren Schulen vergammeln, denen die Ausbildungsplätze fehlen, die im Kriegseinsatz an der Front ihr Leben riskieren sollen.

UZ: *Wie wollt ihr das klarmachen?*

Jan Meier: Auf der einen Seite gibt es unter Jugendlichen eine breite Ablehnung von Kriegseinsätzen. Auf der anderen Seite stellt die Shell-Jugendstudie fest, dass die Bundeswehr als Institution eine relativ

hohe Anerkennung genießt. Mit unserer Kampagne wollen wir zeigen, dass jeder Cent für Krieg und Militär bei uns fehlt. Wir wollen einfache Möglichkeiten aufzeigen, um selbst gegen Krieg und Militarisierung aktiv zu werden.

UZ: *Wie erfolgreich sind denn die Werbekampagnen der Bundeswehr unter Jugendlichen?*

Jan Meier: Der Werbeetat der Bundeswehr wird seit Jahren immer wieder um Millionenbeträge aufgestockt. Erstens zeigt das: Die Bundeswehr hat Nachwuchsprobleme. Das spricht dafür, dass viele Jugendliche instinktiv nicht zum Bund wollen, weil sie wissen, dass das Tod oder Traumatisierung bedeuten kann. Aber zweitens geht die riesige Propagandakampagne der Bundeswehr nicht spurlos an den Leuten vorbei.

Wir müssen dagegenhalten und die vorhandene Ablehnung der Kriegspolitik in Widerstand umsetzen. Wir haben beschlossen, Offene Antikriegs-Treffen zu initiieren. Diese Treffen sollen allen offenstehen, die sich aus unterschiedlichen Gründen gegen Krieg und Militarismus engagieren wollen. Sie sollen ein Angebot an diejenigen sein, denen es bis jetzt an einer Form und einer Struktur fehlt, um aktiv zu werden.

UZ: *Darin zeigt sich eine Schwäche der Friedensbewegung. Wie sollen sich die Offenen Antikriegs-Treffen von den bisherigen Ansätzen der Friedensbewegung unterscheiden?*

Jan Meier: Bei den Protesten gegen den Syrien-Einsatz der Bundeswehr konnten wir feststellen, dass sich wieder mehr Menschen an den Protesten beteiligten – auch Jugendliche. Was wir aber auch feststellen müssen, ist, dass Teile der Friedensbewegung von Jugendlichen als überaltert und von gestern angesehen werden. Das müssen wir ändern.

Die Offenen Antikriegs-Treffen sollen keine Bündnisse von Organisationen sein, denn das kann eine Hürde sein, wenn ich mich als Einzelner engagieren will. Das sollen Treffen sein, zu denen ich einfach hingehen kann, ohne irgendeinen Aufnahmeantrag auszufüllen, einfach nur, weil ich gegen Krieg und Militarisierung bin.

UZ: *Antimilitarismus und alltägliche Interessen von Jugendlichen vertreten – wie wollt ihr das in der Arbeit der SDAJ-Gruppen verbinden?*

Jan Meier: Das einfachste Mittel, das wir in der Kampagne nutzen werden, ist der Aufruf „Nicht in meinem Namen!“, mit dem wir Jugendliche für eine Unterschrift gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr gewinnen wollen. Das kann der erste Schritt zu mehr sein.

Nehmen wir die aktuelle Situation: Wenn eine Schulsporthalle genutzt wird, um Flüchtlinge unterzubringen, ist es naheliegend zu sagen: Das ist Mist. Wenn Jugendliche prekär beschäftigt sind und sehen, dass über eine Million Flüchtlinge kommen, ist es leicht zu glauben, dass die an der Lage schuld sind. Wir wollen mit möglichst vielen Mitschülerinnen und Kollegen diskutieren, wer die Verursacher der Flucht und der sozialen Misere sind. Wir wollen diejenigen öffentlich anprangern und outen, die an den Kriegen verdienen und in deren Interesse Kriege geführt werden – vor allem die deutschen Banken und Konzerne.

Dabei machen wir deutlich: Krieg, Sozialabbau und Rassismus gehören zum Kapitalismus. Die Profitlogik zwingt Kapital und Bundesregierung zu Kriegseinsätzen, zu Bildungsabbau, zur Verschlechterung unserer Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Dagegen hilft nur Widerstand, letztendlich bis zum Sturz des kapitalistischen Systems. Auch diesen Zusammenhang wollen wir in der Kampagne deutlich machen.

UZ: Die Delegierten waren sich einig, dass SDAJ und DKP enger zusammenarbeiten sollten. Was erwartet ihr von der DKP?

Jan Meier: Als Jugendverband, der sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht abfinden will, der für eine sozialistische Zukunft kämpft, brauchen wir die kommunistische Partei. Wir brauchen ihre Analysen, wir brauchen ihre jahrzehntelangen Erfahrungen in den Klassenkämpfen unseres Landes, wir brauchen sie als Partnerin auf der Straße in den täglichen Auseinandersetzungen.

Wir brauchen mehr Bildungsangebote der DKP. Wir haben festgestellt: Selbst wenn wir – was wir vorhaben – unsere Bildungsarbeit weiter ausbauen, sind wir nicht in der Lage, ausreichend Angebote zu machen. Wir brauchen die Unterstützung der DKP bei der Gründung und Stärkung neuer SDAJ-Gruppen. Wir brauchen von der DKP klare, marxistisch-leninistische Analysen, die uns helfen, aktuelle Entwicklungen einzuschätzen und Orientierungen für anstehende Kämpfe bieten.

Quellenangabe:

<http://www.unsere-zeit.de/de/4812/interview/2168>, abgerufen am 03.Apr. 2016

Powered by [Newscoop](#). Designed by [Sourcefabric](#). Implementation+Mods by [wiljo.de](#).